

RAN HLC 2021

26.10.2021

ABSCHLUSSBERICHT

RAN-Konferenz auf hoher Ebene

12. Oktober 2021 in Brüssel (Belgien) sowie online

RAN-Konferenz auf hoher Ebene 2021: 10 Jahre RAN – Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen

Wichtige Ergebnisse

Die im 2-Jahres-Turnus stattfindende Konferenz des Radicalisation Awareness Network auf hoher Ebene (RAN HLC) bietet stets einen guten Anlass, sich mit anderen im P/CVE-Bereich tätigen AkteurInnen aus der ganzen EU berufsfeldübergreifend auszutauschen. Zum 10-jährigen Jubiläum des RAN bot es sich an, die RAN-Konferenz auf hoher Ebene 2021 zum Anlass zu nehmen, auf die Erfolge des letzten Jahrzehnts zurückzublicken und sich zugleich der Frage zuzuwenden, wie neuen Herausforderungen im Bereich der Radikalisierung hin zu gewaltbereitem Extremismus und Terrorismus in Zukunft effektiv begegnet werden kann.

Zu den TeilnehmerInnen der RAN-Konferenz auf hoher Ebene 2021 zählten VertreterInnen der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten, etwa MinisterInnen und höhere BeamtInnen, ebenso wie ExpertInnen aus Forschung, Politik, Praxis und anderen Bereichen. Insgesamt nahmen fast 300 Personen an dieser als Hybridveranstaltung konzipierten Konferenz teil, einige davon in Präsenz in Brüssel, der Rest online.

Dieses Dokument dient der Zusammenfassung der Erkenntnisse, die zu den wichtigsten Themen – der Entwicklung des Netzwerks, den Herausforderungen, denen es sich aktuell gegenübersteht, neu aufkommenden Gefahren und Narrativen sowie der zukünftigen Ausrichtung des RAN – gewonnen wurden.

Kernpunkte der Konferenz: Grußworte des stellvertretenden Vorsitzenden Olivier Onidi und Eröffnungsansprache der EU-Kommissarin für Inneres Ylva Johansson

In ihrer Rede ging Kommissarin Johansson auf die starke Ausweitung des Netzwerks im vergangenen Jahrzehnt ein. Derzeit sind EU-weit mehr als 6.000 PraktikerInnen Mitglied des Netzwerks. Kommissarin Johansson wies darauf hin, dass die Rolle, die sie ausübten, die PraktikerInnen in die Lage versetze, als erste die Anzeichen für Radikalisierung zu erkennen und auf Betroffene zuzugehen und ihnen ihre Hilfe anzubieten, was auch für die

neuen Formen von Gewalt wie der von Incels oder CoronamaßnahmegegnerInnen verübten gelte. Die Kommissarin lobte die Beharrlichkeit und Unbeirrbarkeit, mit der Politik wie Praxis gegen das komplexe Phänomen des Terrors vorgingen.

Kommissarin Johansson ging außerdem auf die kürzlich erfolgte Neustrukturierung des Netzwerks ein, welches seit Jahresbeginn auf zwei Säulen steht, RAN Practitioners einerseits und RAN Policy Support andererseits, wobei es die Aufgabe der zweiten Säule sei, eine Wissensdatenbank aufzubauen, in welcher bewährte Praktiken und die Ergebnisse zielgerichteter Forschungsprojekte aus dem Bereich der P/CVE-Arbeit systematisch erfasst werden, um von für dieses Gebiet zuständigen politischen EntscheidungsträgerInnen herangezogen werden zu können.

Johansson wies darauf hin, wie sehr das Netzwerk von dieser Erweiterung um die politische Dimension profitiert hat: *„Als Vertreterin der Politik und der Gesetzgebung bin ich auf Ihren Input angewiesen, denn nur so entstehen Gesetze, die der Realität gerecht werden. Die hier anwesenden Ministerinnen und Minister möchte ich aufrufen, ihren politischen Gestaltungsspielraum zur Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus voll auszuschöpfen“*, lautete ihr dringlicher Appell an das Publikum. Daran anknüpfend kam die Kommissarin auf neuere Herausforderungen aus dem Bereich des Extremismus zu sprechen, darunter das Anwachsen der Incel-Bewegung und das zunehmende Problem der Verbreitung von Desinformation und Verschwörungsnarrativen wie jenen rund um die Covid-19-Pandemie. Ylva Johansson verwies darauf, dass dem RAN die wichtige Aufgabe zufalle, inspirierende Praktiken weiterzugeben und zur Erweiterung der Wissensbasis beizutragen, da dies ein Instrument sei, mit dem Politik wie Praxis in die Lage versetzt werden könnten, der wachsenden Gefahr Herr zu werden.

Kernpunkte der Konferenz: Rückblick auf die ersten 10 Jahre des RAN und Ausblick auf die Zukunft durch seine GründerInnen

Als „Mann und Frau der ersten Stunde des RAN“ warfen der Anti-Terror-Koordinator der EU, **Gilles de Kerchove**, und die Mitgründerin und Geschäftsführerin der deutschen Violence Prevention Network GmbH, **Judy Korn**, einen Blick zurück auf die Anfänge des RAN und die Entwicklung, die es seitdem genommen hat.

Judy Korn hob in ihrer Rede hervor, wie innovativ das Konzept des RAN bei seiner Gründung gewesen war. Es sei eine hellsichtige Entscheidung der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten gewesen, der wachsenden Sicherheitsbedrohung, die von Terroranschlägen und dem Extremismus im Allgemeinen ausging, durch die Vernetzung von und mit in diesem Bereich tätigen PraktikerInnen zu begegnen. Bereits zum damaligen Zeitpunkt habe sich gezeigt, dass vorhandene Interventionskonzepte aus dem Bereich der Bildung und der Jugendarbeit sowie der Bewährungshilfe und Ausstiegsarbeit auch für diese neuen Bedrohungen Antworten bereithalten könnten. Aus dieser Erkenntnis heraus habe das Netzwerk vor zehn Jahren VertreterInnen unterschiedlichster Berufsgruppen aus der gesamten Europäischen Union zu einem Netzwerk, über dessen Kanäle Wissen, Erfahrungen und Praktiken ausgetauscht werden können, vereint und damit eine Lücke in der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung geschlossen, die bis dahin bestanden habe. Im Rahmen ihrer Arbeit für das Netzwerk stellten sich den PraktikerInnen damit folgende Aufgaben:

- Gegen Rekrutierungsanstrengungen extremistischer und terroristischer Gruppen und Organisationen vorgehen
- Ausstiegswillige beim Ausstieg unterstützen
- Für die Gefahren sensibilisieren, die von Radikalisierungsprozessen ausgehen, die in gewaltbereiten Extremismus münden können

Wie Judy Korn ausführte, wurden auf Grundlage der ermittelten Aufgabenfelder die drei anfänglichen Ziele des RAN formuliert:

- Inspirierende P/CVE-Praktiken austauschen
- Informationen fach- und mitgliedstaatenübergreifend austauschen
- PraktikerInnen in politischen Entscheidungsprozessen Gehör verschaffen

Die beiden ersten Ziele seien im Verlauf des letzten Jahrzehnts erreicht worden, inwieweit die Empfehlungen aus der Praxis in politische Entscheidungen einfließen, lasse sich hingegen schwer feststellen. Mit dem Lenkungsausschuss, der Vollversammlung von RAN Practitioners und der Konferenz auf hoher Ebene wurden jedoch Mechanismen geschaffen, über welche PraktikerInnen ihre Stimme hören lassen und in direkten Kontakt mit der Europäischen Kommission treten können.

Zum Schluss ihrer Rede ging Judy Korn noch auf drei verschiedene Effekte ein, die das Netzwerk bislang mit seiner Arbeit erzielen konnte:

- Das RAN unterstützt eine Vielzahl verschiedener Ansätze.
- Das RAN ermuntert seine Mitglieder zur kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung.
- Das RAN ist als Open-Source-Plattform konzipiert und stellt seine Informationen innerhalb Europas wie auch darüber hinaus allen Interessierten zur freien Verfügung.

Korn hob hervor, dass neue Herausforderungen nicht mehr allein durch einen einzelnen Mitgliedstaat zu bewältigen seien und das Netzwerk nur adäquat auf sie reagieren könne, wenn es in seinen Strukturen flexibel bleibe. Das RAN werde aus diesem Grund für die Bemühungen der EU zur Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus weiterhin eine zentrale Rolle spielen.

Gilles de Kerchove nannte die bei der Gründung des RAN bestehende Struktur der Europäischen Union und die zu diesem Zeitpunkt vorherrschende akademische Meinung zum Themenkomplex der Radikalisierung als ausschlaggebend für die Form, die das Netzwerk anfänglich annahm. Zu der Frage, welche Faktoren für Radikalisierung relevant sind, herrscht in der wissenschaftlichen Debatte nach wie vor Uneinigkeit. Die am stärksten beachteten Ansätze zu dieser Frage, welche von Gilles Kepel, Olivier Roy, Francois Burgat und Farad Khoroskovar stammen, legen den Fokus jeweils auf unterschiedliche Aspekte, darunter ideologische, geopolitische und mit (persönlicher) Diskriminierung in Verbindung stehende.

Vor diesem Hintergrund mangelnden wissenschaftlichen Konsenses konzentrierte sich das RAN im Wesentlichen auf drei verschiedene Einflussfaktoren:

- 1) strukturelle Faktoren (das Empfinden, ungerecht behandelt und diskriminiert zu werden)
- 2) in der persönlichen (etwa ideologischen) Überzeugung liegende Faktoren
- 3) Faktoren, die im (sozialen) Umfeld der betreffenden Personen (ihrer Online-Community oder ihren persönlichen Kontakten an ihrem Wohnort bzw. am Ort ihrer Inhaftierung) zu suchen sind

Bezüglich der Bedeutung des Themas der Radikalisierung zum Zeitpunkt der Gründung des RAN im Jahr 2011 verwies de Kerchove auf den Umstand, dass zum damaligen Zeitpunkt noch keine Sicherheitsunion bestanden habe und in einigen Mitgliedstaaten auch heute noch kein Präventionskonzept umgesetzt werde. Nachdem sich die EU bei entsprechenden Anstrengungen lange am Vereinigten Königreich orientiert habe, sei sie mit der Entwicklung einer

eigenen Strategie nun ihrerseits zum Vorbild für Akteure wie die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen geworden. Zu dieser Strategie zähle selbstverständlich auch das RAN, ein Netzwerk, dem VertreterInnen aus Praxis, Wissenschaft und Politik mit unmittelbaren Einblicken in das Themenfeld angehören. Gilles de Kerchove betonte, dass die Mitgliedstaaten in den letzten 10 Jahren verstärkt proaktiv handeln, und nannte als Beispiel dafür projektbasierte Kooperationen (PBCs) und das wachsende Engagement der Politik.

Die Besonderheit des RAN wird auch weiterhin darin bestehen, dass es sich einem wichtigen sicherheitspolitischen Thema aus zivilgesellschaftlicher Perspektive nähert – ein echtes Alleinstellungsmerkmal, das die Arbeit des Netzwerks faszinierend macht. Abschließend ging de Kerchove noch auf die neuen Herausforderungen ein:

- die wachsende Bedeutung von Technik, etwa im Bereich der Verdrängung menschlicher Arbeit durch Maschinen oder in Bezug auf den wachsenden Internetkonsum der jüngeren Generation
- Ausstieg, Rehabilitation und gesellschaftliche Wiedereingliederung einer großen Zahl an extremistisch und terroristisch motivierten GewaltstraftäterInnen, die in naher Zukunft in einem EU-Staat aus der Haft entlassen werden
- die nähere Erforschung der ideologischen Einflussfaktoren der Radikalisierung
- die Erweiterung des Netzwerks über die EU-Grenzen hinaus durch Einrichtung eines Wissens- und Forschungszentrums, die Entwicklung von E-Learning-Modulen, die Stärkung digitaler Lernangebote und die Förderung von Medienkompetenz

Kernpunkte der Konferenz: Themensitzung mit MinisterInnen zu bereits Erreichtem und zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen

Monique Pariat, Generaldirektorin der Generaldirektion für Migration und Inneres, eröffnete die Sitzung, indem sie einige Folgen der Covid-19-Pandemie für die P/CVE-Arbeit schilderte und dabei insbesondere auf jene verstärkter sozialer Isolation, wachsenden Misstrauens in Regierungen und zunehmender Arbeitslosigkeit einging. Im Kielwasser dieser Entwicklungen nahm auch die Verbreitung von Desinformation und Verschwörungsnarrativen zu. Angeheizt durch die Mischung dieser Faktoren kam es zu einer wachsenden Zahl politisch motivierter Delikte, die sich den herkömmlichen Kategorien des Extremismus entziehen.

In seiner Eröffnungsansprache machte der **slowenische Innenminister, Aleš Hojs**, Vorsitzender der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft, deutlich, dass die Terrorismusabwehr auch in Zeiten der Pandemie weit oben auf der EU-Agenda stehe. Ebenso wies er darauf hin, dass die Auswirkungen der Pandemie innerhalb wie außerhalb der Union zu Spannungen führen. Hojs verwies außerdem auf die beträchtlichen Erfolge der EU in der Terrorismusabwehr, welche er auf eine Verstärkung gemeinsamer Anstrengungen zurückführte, welche insbesondere die zunehmende Unberechenbarkeit der Bedrohung erforderlich mache.

Hojs verwies auf den Vorbildcharakter der umfassenden und ganze Communities in den Blick nehmenden Formen der Zusammenarbeit und akteursübergreifenden Partnerschaft innerhalb der EU, die weit über den Sicherheitsbereich hinausgehen. Auch das RAN ist ein Ergebnis dieser Kooperation. Das Netzwerk ist ein wichtiger Akteur geworden, an dem sich die EU-Staaten ein Beispiel nehmen und zu dessen Weiterentwicklung sie ihrerseits mit eigenen politischen Impulsen beitragen sollten.

Der **Innenminister Portugals, Eduardo Cabrita**, erklärte, sein Land beteilige sich aktiv in der P/CVE-Arbeit, auch wenn es bislang (glücklicherweise) von Anschlägen verschont geblieben sei. Zu den zentralen mit der Pandemie in Verbindung stehenden Herausforderungen, denen sich die Mitgliedstaaten und Institutionen der Europäischen Union gegenübersehen, zählte Cabrita die von Desinformation und insbesondere von Wissenschaftsleugnung ausgehende Gefahr sowie die Nähe derer, die Entsprechendes verbreiten, zum Rechtsextremismus. In Portugal ist eine wachsende Zahl an Gruppen zu verzeichnen, die Desinformation zur Pandemie und insbesondere zu Impfungen verbreiten. Die Nutzung digitaler Plattformen zur Verbreitung von Fehlinformationen und Mobilisierung von AnhängerInnen zu unterbinden sowie die Möglichkeiten der dafür verantwortlichen AkteurInnen zu beschneiden, nannte Cabrita daher als eine wichtige Aufgabe für die Zukunft.

Auf die Worte des portugiesischen Ministers folgte die Rede von **Akseli Koskela, Staatssekretär im finnischen Innenministerium**. Er hob zwei zentrale Entwicklungen hervor, die mit der Pandemie in Verbindung stehen und die finnische P/CVE-Arbeit auch in Zukunft bestimmen werden: zum Einen den Umstand, dass viele Menschen und dabei insbesondere junge Menschen mehr Zeit im Internet verbringen als vor der Pandemie und somit auch stärker mit der terroristischen Propaganda und den Verschwörungsnarrativen, die dort verbreitet werden, konfrontiert werden, und zum Anderen die Tatsache, dass während der Pandemie auch viele Menschen, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht durch Engagement in der extremistischen Szene auffällig geworden waren, gegen die Entscheidungen demokratisch gewählter VertreterInnen protestierten, in einigen Fällen sogar unter Anwendung von Gewalt. Koskela führte aus, dass das Risiko, das von solchen durch Verschwörungstheorien genährten regierungsfeindlichen Bewegungen ausgeht, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch nach Ende der Pandemie weiter bestehen werde, und betonte, dass es wichtig sei, die entsprechenden Narrative besser zu verstehen. In Finnland seien zwar bereits Projekte durchgeführt worden, in denen JugendarbeiterInnen darin geschult worden seien, wie sie junge Menschen vor der Anwerbung durch extremistische Gruppen im Internet schützen können, diese Anstrengungen seien jedoch noch nicht ausreichend. Koskela führte aus, dass die zahlreichen Gegennarrative, mit denen bereits in Online- wie Offline-Praktiken zur Bekämpfung des Islamischen Staats operiert wurde, auch für dieses Arbeitsfeld genutzt werden sollten. Wichtig in diesem Zusammenhang sei die Zusammenarbeit zwischen privatem und öffentlichem Sektor sowie die Stärkung glaubwürdiger Stimmen aus Nichtregierungs- und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Koskela hob hervor, dass das RAN bei allen diesen Aufgaben eine Schlüsselrolle einnehmen wird.

Auch **Vendelín Leitner, Staatssekretär des slowakischen Innenministeriums**, ergriff das Wort. Er schloss sich der Beobachtung von Cabrita an, dass rechtsextremistische Gruppen die durch die Pandemie erzeugten Ängste nutzen und dies in besonderem Maße für die Online-Sphäre gilt, was sich in einer starken Zunahme von Fake News und Desinformation während der ersten Pandemien Monate niedergeschlagen hat. Leitner erklärte, dass der Rechtsextremismus in der Slowakei ähnlich wie in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten die größte Herausforderung darstelle. Er zählte einige der Herausforderungen auf, die in diesem Jahr angegangen worden waren:

- Politische AkteurInnen mit Verbindungen zur rechtsextremen Szene mobilisieren die allgemeine Öffentlichkeit über soziale Medien und größere Protestaktionen.
- Die Protestaktionen selbst sind legal, werden jedoch durch Bewegungen getragen, welche die Beschneidung fundamentaler Menschenrechte anstreben.
- Die slowakische Gesellschaft ist immer stärker gespalten und von wachsendem Misstrauen in demokratische Institutionen geprägt.

In der Rede, die der **stellvertretende tschechische Innenminister Jiri Novacek**¹ für die Konferenz auf hoher Ebene vorbereitet hatte, dankte er dem RAN für 10 Jahre fruchtbarer Zusammenarbeit im P/CVE-Bereich. Er verwies auf die vielfältigen Gelegenheiten zum Austausch bewährter Praktiken, zur Prüfung von Gesetzesvorhaben, zum

¹ Aufgrund technischer Schwierigkeiten konnte Jiri Novacek seine Rede nicht im Rahmen der Konferenz auf hoher Ebene halten. Die hier zu lesende Zusammenfassung bezieht sich daher auf das vorliegende Skript.

Anbieten von Schulungsmaßnahmen und zur Entwicklung von Partnerschaften, welche für die Radikalisierungsprävention und die Reaktion auf neue Gefahren nützlich sein können.

In dieser Rede brachte Novacek seinen Dank dafür zum Ausdruck, dass sich die Zusammenarbeit einschließlich der Gespräche zwischen Mitgliedstaaten, deren ExpertInnen und den Arbeitsgruppen des RAN stark an den tatsächlichen Erfordernissen orientiere und somit auf bestmögliche Ergebnisse abziele. Der stellvertretende Minister sicherte weiter seine Unterstützung für den französischen Vorschlag zur Verbesserung des Europäischen Mechanismus zur Kooperation in der Radikalisierungsprävention und -bekämpfung zu. Er signalisierte die Bereitschaft der tschechischen Republik, in der kommenden Präsidentschaftsperiode bei weiteren Gesprächen und vorgeschlagenen Übungen eine aktive Rolle zu übernehmen.

Christian Gravel, Generalsekretär des Interministeriellen Ausschusses für Straf- und Radikalisierungsprävention der französischen Regierung, kam in seiner Rede auf die Auswirkungen der Pandemie auf sein Land zu sprechen. Gravel wies darauf hin, dass extremistische Botschaften und Hetze bereits vor der Pandemie an der Tagesordnung gewesen seien, die wachsenden technologischen Möglichkeiten zur Verbreitung entsprechender Botschaften jedoch auch deren Reichweite gesteigert hätten. In diesem Zusammenhang wies Gravel darauf hin, dass verschiedene AkteurInnen die Pandemie für ihre Zwecke genutzt haben, nicht nur rechte Gruppierungen. Beispielsweise haben salafistische und dschihadistische Gruppen das Narrativ von der Pandemie als Strafe Gottes verbreitet. Verschwörungsnarrative haben ebenfalls stark an Zuspruch gewonnen, nicht nur in der rechtsextremen Szene, sondern auch in linksextremen Gruppen. Den größten Zuwachs konnte die rechtsextreme Szene verzeichnen; durch die Verknüpfung verschiedener Verschwörungsnarrative erzeugte sie einen Zulauf, infolgedessen ihre Aktivitäten um das Zehnfache zunahmen. Gravel gab zu bedenken, dass diese Situation in den nächsten Jahren nicht einfach verschwinden werde.

Für den Fall Frankreichs nannte er die Bedrohung durch den Islamismus, die sich erst kürzlich in Anschlägen wie jenem auf Samuel Paty gezeigt habe und welche wiederum zu Wechselwirkungen mit dem Rechtsextremismus führe. Gravel wies auch darauf hin, dass diese Wechselbeziehung einer genaueren Untersuchung bedürfe. Zum Schutz der französischen BürgerInnen vor Anschlägen islamistischer MitbürgerInnen ist auch von Interesse, die Dimensionen des islamistischen Fundamentalismus und seiner Netzwerke fassbar zu machen. Gravel beendete seine Rede mit dem Appell, die französischen Bemühungen in der P/CVE-Arbeit, insbesondere jene der Online-Arbeit, fortzusetzen. Als Beispiele diesbezüglicher Anstrengungen nannte er die Einrichtung einer Einheit für die Ermittlung und Bekämpfung online verbreiteter extremistischer Narrative, die Schaffung eines Präventions-Toolkits für den Bildungssektor sowie den in Zusammenarbeit mit 12 anderen Ländern aufgesetzten Entwurf einer Bestandsaufnahme des bisher Erreichten sowie noch offener Aufgaben.

An letzter Stelle sprach der **Leiter des Ressorts für europäische und internationale Angelegenheiten des niederländischen Ministeriums für Justiz und Sicherheit, Rob Huijser**. Sein Schwerpunkt lag auf unerwünschten Geldflüssen aus dem Ausland im Kontext der P/CVE-Arbeit. Dabei bezog er sich auf die nicht transparenten Geldströme an religiöse und kulturelle Einrichtungen. Huijser betonte, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sich mit Nachdruck dafür einsetzen müssen, dass auf dem Gebiet der Union operierende Organisationen, die deren Werten zuwiderhandeln, von ihren Finanzströmen abgeschnitten werden. Hintergrund seien Sorgen, dass undurchsichtige Finanzströme aus Drittländern der Verwirklichung einer islamistischen Agenda dienen könne. Die Niederlande nähmen sich dieses Themas bereits an, doch versprächen gemeinsame Anstrengungen mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission bedeutenden Mehrwert.

Als zweiten Punkt ging Huijser darauf ein, dass die niederländische Regierung von ihren Sicherheitsdiensten vor der Anziehungskraft einer wachsenden internationalen rechten Szene auf die niederländische Jugend gewarnt worden war. Rechtsextremismus könne in Terror umschlagen und die EU müsse dieser Entwicklung aktiv entgegenreten. Um (auf Plattformen des Mainstream wie in Nischen-Online-Communitys) wirkungsvoll gegen extremistische und terroristische Online-Inhalte vorgehen zu können, bedarf es der Zusammenarbeit und des Austauschs inspirierender Praktiken.

Kernpunkte der Konferenz: Sitzung zum Thema „Haft, Ausstieg und Rehabilitation zurückkehrender ausländischer KämpferInnen“

Die erste der beiden Sitzungen eröffnete die Praktikerin und **Psychologin Gaby Thijssen** mit Eindrücken aus ihrer Arbeit mit niederländischen Strafgefangenen, die ihre Haftstrafe für ein Delikt aus dem Bereich des Gewaltextremismus oder Terrorismus verbüßen. Thijssen führte aus, dass zur Gewährleistung eines besseren Risikomanagements alle Gefangenen dieses Typs im selben Gefängnisflügel untergebracht sind. Für den Erfolg von Interventionen gilt als entscheidend, dass PraktikerInnen gut über die Personen Bescheid wissen, deren Rehabilitationsprozess sie unterstützen sollen. Die erforderlichen Informationen werden durch die verschiedenen betroffenen Kräfte wie PraktikerInnen, GefängniswärterInnen, PsychologInnen und SeelsorgerInnen zusammengetragen und anschließend in das Risikobewertungsinstrument VERA (Violent Extremism Risk Assessment) eingegeben. Neben den Risiken ist jedoch unbedingt auch zu berücksichtigen, welche Bedürfnisse die Gefangenen jeweils zu erfüllen suchen und auf welche Maßnahmen sie dementsprechend ansprechen. Anhand der genannten Faktoren lassen sich extremistische StraftäterInnen in sechs verschiedene Grundtypen einteilen, deren jeweilige Motive in die Planung von Interventionen einbezogen werden sollten. Bei jedem dieser Typen steht ein anderes Motiv im Vordergrund: der Reiz des Kriminellen, die Suche nach Gemeinschaft, das Streben nach Anerkennung, die Suche nach Sinn, das Gefühl einer moralischen Verpflichtung oder die ideologische Überzeugung. Zum Schluss verwies Thijssen darauf, dass ein starkes Mittel in der Interaktion mit der Zielgruppe darin bestehen kann, kognitive Dissonanzen sichtbar zu machen. Dies gelte etwa in Fällen, in denen sich die PraktikerInnen anders verhalten, als die Zielpersonen aufgrund ihrer Weltsicht erwarten, beispielsweise wenn eine Fachkraft ihre Überzeugung davon ausdrückt, dass die Zielperson sich ändern könne.

Die Ko-Leiterin der RAN-Arbeitsgruppe PRISONS und **Vorsitzende des Referats für Internationale Zusammenarbeit und Personalschulung der bulgarischen Generaldirektion, Nadya Radkovska**, betonte die Bedeutung einer individuellen Anpassung von Interventionen an das jeweilige Täterprofil. Eine der größten in Verbindung mit Interventionen und Ausstiegsprogrammen bestehenden Herausforderungen erkennt Radkovska in dem Umstand, dass kaum Studien über deren Erfolgsquote vorliegen. Klar sei jedoch, dass eine einheitliche Linie für innerhalb wie außerhalb des Gefängnis Kontexts durchgeführte Interventionen nur durch akteursübergreifende Zusammenarbeit erreicht werden könne. Der dabei nötige Informationsaustausch wiederum setze gegenseitiges Vertrauen voraus. Radkovska nannte in ihrer Rede außerdem den Mangel an Instrumenten, die eine differenziertere Betrachtung von Unterschieden zwischen den Geschlechtern ermöglichen, und die Entwicklung von Maßnahmen zur Arbeit mit RückkehrerInnen, die Eltern sind, sowie mit solchen, denen die Staatsbürgerschaft entzogen worden ist.

Elisabet Modée, Seniorberaterin des Referats für Kriminalitätsbekämpfung am schwedischen Justizministerium und Vorsitzende der projektbezogenen Kooperationen (Project Based Collaborations, PBC) aus dem Bereich der Arbeit mit Strafgefangenen, warb für die Stärkung präventiver Ansätze für Interventionen mit Inhaftierten. Sie verwies in diesem Kontext auf die hohe Zahl an Gefangenen, die vor ihrer Inhaftierung nie durch extremistische Handlungen auffällig geworden waren und sich erst innerhalb der Gefängnismauern radikalisiert haben. Ein Gefängnis, so Modée, sollte ein sicheres Umfeld darstellen und muss, um diesem Anspruch gerecht werden zu können, mit ausreichend fachgerecht geschultem Personal ausgestattet sein. Ebenso zentral sei der Einsatz von Instrumenten zur Risiko- und Bedarfsanalyse, und das RAN habe den Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht viele inspirierende Praktiken zur Verfügung stellen können. Weiter wies Modée darauf hin, dass auch im Bereich der Wiedereingliederungsarbeit ein akteursübergreifender Ansatz erforderlich sei. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf die Chancen, die die projektbezogene Zusammenarbeit mehrerer Mitgliedstaaten auch in diesem Bereich bietet. In einem solchen Format finden über einen bestimmten Zeitraum hinweg Gruppentreffen der verschiedenen Mitgliedstaaten statt, welche der Besprechung von Herausforderungen und dem gegenseitigen Wissensaustausch dienen. Die PBC zur Arbeit mit Häftlingen stand in den vergangenen drei Jahren unter der Leitung von Schweden und Frankreich. Modée hob hervor, dass Forschung auch in diesem Bereich eine wichtige Rolle spiele.

Letzter Sprecher der Sitzung war der **Direktor des International Centre for Counter-Terrorism (ICCT) und Senior Associate Fellow am belgischen Egmont-Institut Thomas Renard**. Er gab dem Publikum drei kritische Anmerkungen zur Arbeit im Gefängniskontext mit auf den Weg. Als ersten Punkte nannte er, dass zur Arbeit mit radikalisierten Häftlingen trotz langjähriger einschlägiger Erfahrungen nach wie vor keine belastbaren Daten vorzuweisen seien und sie daher weiterhin einem Experimentierfeld gleiche. Als zweiten Punkt gab er die unzureichende Datengrundlage an. Zwar werde in jüngeren Publikationen die Vermutung aufgestellt, dass im Bereich des extremistischen Terrorismus die größte Inhaftierungswelle bereits abebbe, ob diese Vermutung zutreffend sei, können jedoch nur durch die Erhebung weiterer Daten ermittelt werden. An dritter Stelle wies er darauf hin, dass im Verlauf der letzten 10 Jahre zwar viele vielversprechende Ansätze entwickelt worden seien, jedoch wenig über deren Wirksamkeit bekannt sei – ein Manko, das behoben werden müsse, sollte die Umsetzung dieser Ansätze zielgerichteter und koordinierter erfolgen. Die PraktikerInnen müssten sich auch über die Bedeutung des richtigen Umgangs mit inhaftierten extremistisch oder terroristisch motivierten GewaltstraftäterInnen bewusst werden, was Überlegungen zu den derzeit verfügbaren Geldmitteln und Ressourcen mit einschließe. Er verwies auf das Risiko, dass das in den letzten 10 Jahren gewonnene Wissen verloren gehe. Renard erklärte, dass aus diesem Grund beschleunigt Daten erhoben werden müssten, welche von Nutzen sein könnten, wenn, was sehr wahrscheinlich sei, in der Zukunft vergleichbare Herausforderungen aufträten. Kein Forum sei besser dazu in der Lage, fallspezifische Lösungen zu erarbeiten, als das RAN.

In dem an seinen Vortrag anschließenden Gespräch mit dem Publikum nannte er die Auswertung von Rehabilitationsprogrammen als eine zentrale noch ausstehende Aufgabe. Dies sagte er in seiner Antwort auf die Frage, welche Metrik besser zur Messung der Wirksamkeit geeignet sei; die Erfassung der Rückfallquoten, welche bei extremistisch oder terroristisch motivierten GewaltstraftäterInnen extrem gering sei, oder die Langzeitbeobachtung von TäterInnen nach ihrer Haft?

Kernpunkte der Konferenz: Sitzung zum Thema „Die Präventionsarchitektur der Zukunft: Wie können wir auf aktuelle wie zukünftige Herausforderungen einschließlich der Herausforderungen digitaler Präventionsarbeit adäquat reagieren?“

Erster Redner dieser Themenrunde war **Vasileios Theofilopolous**, ehemaliges Mitglied im Leitungsteam der RAN-Arbeitsgruppe Police und außerdem **Mitglied der griechischen Polizei**. Er ging in seiner Rede auf einige aktuelle wie zukünftige Herausforderungen für die griechische Gesellschaft ein. Zum Einstieg erklärte Theofilopolous, dass die bereits an anderer Stelle genannten mit der Pandemie in Verbindung stehenden Herausforderungen, etwa die Zunahme von Hassbotschaften und Aufrufen zu zivilem Ungehorsam in sozialen Medien, auch in der griechischen Gesellschaft sichtbar seien. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, wie wichtig es sei, impf- und regierungsfeindlichen Narrativen entgegenzutreten. Außerdem solle in diesem Kontext nicht außer Acht gelassen werden, dass auch sozioökonomische Faktoren wie Arbeitslosigkeit ihren Anteil an Polarisierung und Radikalisierung haben können. An zweiter Stelle machte er deutlich, dass auch in Europa Nachbeben der Erschütterungen in Afghanistan spürbar werden könnten, etwa in Form einer Zunahme an Flüchtlingsströmen, welche zu Spannungen zwischen links- und rechtsextremen Gruppierungen führen könne. Auch Ausschreitungen in größeren Aufnahmezentren sowie Konflikte in Afghanistan selbst, das immer stärker zum Anziehungspunkt für zurückkehrende terroristische KämpferInnen aus Europa werde, nannte er als mögliche weitere Konfliktfelder.

Im Anschluss sprach **Claudie Baudino**, **Netzwerkkoordinatorin des interministeriellen Ausschusses für Radikalisierungs- und Deliktprävention der französischen Regierung** und Mitglied des Netzwerks politischer EntscheidungsträgerInnen aus dem Bereich der Radikalisierungsprävention. Einer der Erfolge der letzten 10 Jahre

ist Baudino zufolge das Engagement, das die verschiedenen Mitgliedstaaten beim Ausbau ihrer Kapazitäten zur Radikalisierungsbekämpfung gezeigt haben. Beispiele für dieses Engagement seien die Einrichtung neuer Einheiten auf nationaler Ebene, die Einstellung und Ausbildung neuen Personals, die Anpassung gesetzlicher Vorschriften und die Stärkung akteursübergreifender Kooperationen durch die Entwicklung von Partnerschaften mit AkteurInnen der Zivilgesellschaft. Da RAN Policy Support während der Covid-19-Pandemie an den Start ging, habe es bislang noch keine Gelegenheit zu einem persönlichen Treffen der Mitglieder gegeben. Langfristig soll diese im Bereich der Politikgestaltung angesiedelte Kooperation der Mitgliedstaaten in klare Aufgabenstellungen an das RAN münden.

Peter Neumann, Professor für Security Studies an der Fakultät für War Studies am Londoner King's College und außerdem ein zentraler Akteur von RAN Policy Support sowie **Direktor des International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR)**, hob in seiner Rede bestehende Herausforderungen hervor. Die mit der immer stärker verbreiteten Nutzung des Internets einhergehenden Entwicklungen werden seiner Analyse nach auch weiterhin eine Herausforderung für die P/CVE-Arbeit darstellen, und das in dreierlei Hinsicht. Als ersten Faktor nannte er die zunehmende ideologische Fragmentierung. Neumann zufolge bedienen sich insbesondere AkteurInnen der rechten Szene bei der Zusammenstellung ihrer Propaganda flexibel aus dem bunten Mix online zu findender Narrative, zu denen frauenfeindliche oder satanistische Narrative, Motive aus der Gaming-Kultur und im Zuge der Pandemie aufgekommene Verschwörungstheorien zählen. Hinzu komme, dass bei jüngsten Anschlägen jeweils eigene Interpretationen der Realität als Anschlagsmotiv angegeben wurden, was den Umgang mit diesem Phänomen weiter erschwere. Als zweiten Faktor nannte er die Auflösung fester Strukturen. Die digitale Welt habe sich nicht nur in hohem Maße auf die extremistischen Inhalte ausgewirkt, sondern auch die Organisationsstrukturen extremistischer Gruppen stark verändert und dabei insbesondere Einzeltäteranschläge zu einer neuen Bedrohung werden lassen. Der dritte Aspekt schließlich, welcher eng an den zweiten gekoppelt sei, betreffe das extremistische Anschläge kennzeichnende Vorgehen; hier sei eine Aufweitung des Spektrums und zugleich eine Vereinfachung der Methoden feststellbar. Zu den gewählten Methoden zählten etwa Messerattacken oder Amokfahrten in Menschenmengen. Eine Verstärkung der Online-Präventionsarbeit sei daher in hohem Maße wünschenswert.

Der **Forschungsdirektor des Zentrums zur Erforschung asymmetrischer Bedrohungen an der Schwedischen Militärakademie** und Sonderberater von RAN Practitioners **Magnus Ranstorp** ergänzte die Debatte zu der Frage, wie die Zukunftstauglichkeit der P/CVE-Arbeit und des RAN gewährleistet werden könne, um drei weitere Diskussionspunkte. Als ersten Punkt nannte Ranstorp den Bedarf an der Vertiefung der Forschungsarbeiten zu Fragen der Ideologie, welcher insbesondere bezüglich des gewaltfreien islamistischen Separatismus bestehe, denn dieser könne dem Dschihadismus Auftrieb verleihen und dieser stehe im Widerspruch zu demokratischen Werten. Aus diesem Grund sei es wichtig, sich ein Bild davon zu machen, wie stark gewaltbereiter Extremismus in verschiedenen Communitys verwurzelt ist, und bei dieser Auswertung auch Faktoren wie transnationale Verbindungen und Geldflüsse aus dem Ausland zu berücksichtigen. In ähnlicher Weise sollte Ranstorps Aussage nach auch ein Bild der Verbreitung der rechtsextremen Szene gewonnen werden. Als zweiten Punkt hob Magnus Ranstorp die Bedeutung der Online-Arbeit hervor; es müsse eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie es gelingen könne, in einer Online-Landschaft, die von Unbeständigkeit in Bezug auf Plattformen und Technologien gekennzeichnet ist, digital mit jungen Menschen in Kontakt zu treten. Als dritten und letzten Punkt warb er für den Einsatz mobiler ExpertInnenteams innerhalb des RAN (also Teams, die nicht fest an einem Ort, sondern projektbasiert in jeweils unterschiedlichen Städten oder Stadtbezirken tätig sind). Er führte aus, dass innerhalb solcher Teams die VertreterInnen der weniger erfahrenen Mitgliedstaaten bei der Bewältigung spezifischer Probleme von den entsprechenden lokal wie national gemachten Erfahrungen anderer Mitgliedstaaten profitieren könnten.

Die Fragen zur zweiten Themensitzung bezogen sich überwiegend auf die Online-Sphäre, das Phänomen der Einzeltäterschaft und nicht mit Gewaltbereitschaft einhergehende Radikalisierung. Als wesentlichen Faktor eines ganzheitlicheren Ansatzes für die digitale P/CVE-Arbeit hob Vasileios Theofilopolous die Notwendigkeit der Entwicklung neuer speziell an junge Menschen gerichteter Ansätze hervor. Peter Neumann betonte, dass ein stärkeres Augenmerk darauf gelegt werden müsse, Erfahrungen aus der herkömmlichen P/CVE-Arbeit für die Online-Arbeit nutzbar zu machen und ein besseres Verständnis für die Parallelen und Unterschiede zwischen beiden zu gewinnen.

Auf die Frage, ob EinzeltäterInnen tatsächlich völlig auf sich allein gestellt handeln oder sich auch als Teil einer Gemeinschaft wahrnehmen, gab Neumann zur Antwort, dass auch der Radikalisierungsprozess von TäterInnen dieses Typs nicht völlig losgelöst von der Außenwelt stattfindet. EinzeltäterInnen unterhielten ihre sozialen Bindungen online.

Auf die Frage nach dem Wesen des gewaltfreien Extremismus gab Claudie Baudino zur Antwort, dass noch näher zu erforschen sei, welche Dynamik die Radikalisierungsprozesse bestimme, die in einem Radikalisierungsbrennpunkt oder einem anderen Umfeld, das Radikalisierung zuträglich sei, abläufen.

Zum Abschluss der Sitzung lobte Onidi noch einmal das große Engagement, das jedes einzelne seiner Mitglieder für das RAN leiste, einem Netzwerk, dessen Alleinstellungsmerkmal die Verknüpfung einer Vielzahl unterschiedlicher beruflicher Eindrücke und Erfahrungen sei – eine Stärke, die sich auch in den Beiträgen der Konferenz widerspiegelt habe. Die Arbeit des RAN sei nicht nur Symptombekämpfung, sondern bereits seit vielen Jahren darauf ausgerichtet, Probleme an ihrer Wurzel zu packen. Das Netzwerk habe unter Beweis gestellt, dass es die bei dem Treffen besprochenen Themen durchdringe, sie in seiner Arbeit berücksichtige und sich mit beachtlicher Agilität auf neue Erscheinungsformen des Extremismus einstelle. Die nun anstehende Aufgabe bestehe darin, für Außenstehende deutlicher zu kommunizieren, was die Charakteristika von Extremismus sind, welcher Art sein Einfluss auf die Gesellschaft ist und welche Gefahren drohen, wenn er unterschätzt wird.

Weiterführende Literatur

Beitrag von RAN Practitioners: [Rückgeführte ausländische terroristische KämpferInnen und ihre Familien: Erkenntnisse zu P/CVE in Europa, Juni 2021.](#)

Beitrag von RAN Practitioners: [Heutige Erscheinungsformen des gewaltbereiten Rechtsextremismus in der EU: Ein Überblick über Praktiken der P/CVE-Arbeit, 2021.](#)

Beitrag von RAN Practitioners: [Verschwörungstheorien und Rechtsextremismus – Einblicke und Empfehlungen für P/CVE, 2021.](#)

Beitrag von RAN Practitioners: [Ethische Richtlinien für die P/CVE-Arbeit in der psychischen Gesundheitsfürsorge, 2021.](#)

Beitrag von RAN Practitioners: [Rehabilitationsarbeit mit verurteilten StraftäterInnen außerhalb des Strafvollzugs, 2021.](#)

EU (2020) [EU-Strategie für eine Sicherheitsunion.](#)

EU (2021) [Strategic orientations on a coordinated EU approach to prevention of radicalisation.](#)

Europäische Kommission (2020) [Eine EU-Agenda für Terrorismusbekämpfung: antizipieren, verhindern, schützen und reagieren.](#)

Europol (2021) [Tendenz- und Lagebericht über den Terrorismus in der EU 2021.](#)